

FDP.Die Liberalen Kanton Bern, Neuengasse 20, 3011 Bern

Justiz- und Gemeinde- und Kirchendirektion
des Kantons Bern
Generalsekretariat
Postfach
Münstergasse 2
3000 Bern 8

Bern, 21. November 2018

Per E-Mail an: info.jgk@jgk.be.ch

**Vernehmlassung des Gesetzes über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung
(Organisationsgesetz ORG, BSG 152.01)**

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Gemäss Ihrem Schreiben möchten wir, die FDP.Die Liberalen Kanton Bern, die Möglichkeit nutzen, unsere Meinung zu den vorliegenden Änderungsvorschlägen abzugeben. Für diese Möglichkeit möchten wir uns bedanken.

Grundsätzlich

Die angesprochene überwiesene Motion Luginbühl M 269-2015 beinhaltet folgende Forderungen:

RRB-Nr.:	152/2016 vom 17. Februar 2016
Direktion:	Staatskanzlei
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:	Annahme

Neuorganisation der Direktionen im Hinblick auf die Legislaturperiode 2018-2022

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. bis zu den nächsten Gesamterneuerungswahlen 2018 die Aufgabenzuteilung unter den Direktionen zu hinterfragen und dem Grossen Rat eine Neugestaltung der Direktionen auszuarbeiten.
2. Insbesondere werden Vorschläge für die Aufhebung der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion sowie die Aufteilung der Gesundheits- und Fürsorgedirektion in zwei eigenständige Direktionen erwartet.

Die FDP.Die Liberalen ist überzeugt, dass nun das richtige Zeitfenster vorliegt, um die Direktionen und Ämter zu überprüfen. Wir bedauern, dass der Regierungsrat keine grundsätzliche Aufgabenüberprüfung durchführen will. Dennoch können wir uns mit sehr vielen inhaltlichen Punkten einverstanden erklären.

Inhaltliche Rückmeldungen

Mit folgenden Punkten sind wir nicht einverstanden:

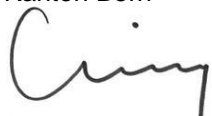
- Wir fordern, dass die Themen der ICT und Digitalisierung stärker positioniert und ämterübergreifend zusammengefasst werden (eigenes Amt). So kann sichergestellt werden, dass die politische Verantwortung einer Strategie und deren Umsetzung am gleichen Ort wahrgenommen werden. Es ist auch für Parlamentarier zurzeit kaum möglich, amts- und direktionsübergreifend die Zusammenhänge zu erkennen und zu steuern. Durch ein eigenes Amt kann sichergestellt werden, dass die diversen Direktionen in Sachen ICT und Digitalisierung koordiniert werden. Es braucht eine einheitliche Strategie und eine erhebliche Vereinfachung der Prozesse, die sich im Übrigen an den Nutzern ausrichten sollen, nicht an den Verwaltungseinheiten. Vorhaben sind nach ihrem Sparpotential zu priorisieren. Beschaffung und Entwicklung sollen gemeinsam erfolgen. Fehlinvestitionen sind zu vermeiden und der Beizug externer Berater ist zu reduzieren. Fragen des Datenschutzes und der Datensicherheit sind einheitlich anzugehen.
- Neu soll die Kompetenz für eine solche Reform allein beim Regierungsrat liegen. Es wäre aber sinnvoll, den Grossen Rat dazu beizuziehen (z.B. frühzeitige Vernehmlassung). Ansonsten besteht die Gefahr, dass Vorstösse zu einzelnen Themen eingereicht werden und ein Flickwerk entsteht.
- Uns scheint der Aspekt der «Gleichmacherei» bei den Direktionen zu stark im Vordergrund zu stehen (Arbeitsbelastungen der DirektionsvorsteherInnen). Dies ist vielleicht heute eine richtige Umverteilung, in ein paar Jahren ist es aber möglicherweise wieder falsch. Wir würden grössere Verschiebungen bei den einzelnen Aufgaben vorziehen. So stört es uns, dass weiterhin einige Ämter/Abteilungen aufgeteilt sind (z.B. Amt für Migration und Personenstand, oder Teile der OeHE). Wir würden es begrüessen, wenn Aufgabengebiete, welche zusammengehören, auch in der gleichen Direktion sind.

Wir behalten uns vor, weitere Punkte bei der entsprechenden Debatte im Grossen Rat einzubringen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und

grüssen freundlich

FDP.Die Liberalen
Kanton Bern



Pierre-Yves Grivel
Kantonalpräsident



Stefan Nobs
Geschäftsführer